

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

114. Jahrgang

Bezugspreis: Für Leipzig und Umkreis jährlich 120 Mark, halbjährlich 60 Mark, vierteljährlich 30 Mark. Für den Rest des Reiches jährlich 130 Mark, halbjährlich 65 Mark, vierteljährlich 32 Mark 50 Pf. (Schilling). Postgebühren sind extra zu zahlen. Ausland: jährlich 180 Mark, halbjährlich 90 Mark, vierteljährlich 45 Mark. Druck- und Verlagskosten 20 Pf. Gesamtbezugsgeld 40 Pf.

Anzeigenpreis: Für Leipzig und Umkreis 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf., 4. Spalte 5 Pf., 5. Spalte 4 Pf., 6. Spalte 3 Pf., 7. Spalte 2 Pf., 8. Spalte 1 Pf., 9. Spalte 1/2 Pf., 10. Spalte 1/3 Pf. Für den Rest des Reiches 1. Spalte 12 Pf., 2. Spalte 10 Pf., 3. Spalte 8 Pf., 4. Spalte 6 Pf., 5. Spalte 4 Pf., 6. Spalte 3 Pf., 7. Spalte 2 Pf., 8. Spalte 1 Pf., 9. Spalte 1/2 Pf., 10. Spalte 1/3 Pf. Ausland: 1. Spalte 18 Pf., 2. Spalte 15 Pf., 3. Spalte 12 Pf., 4. Spalte 10 Pf., 5. Spalte 8 Pf., 6. Spalte 6 Pf., 7. Spalte 4 Pf., 8. Spalte 3 Pf., 9. Spalte 2 Pf., 10. Spalte 1 Pf.

Nr. 428

Dienstag, den 14. September

1920

Deutsche Seefahrt unter dem Sternenbanner

Amerikanisches Schiffsabkommen mit dem Norddeutschen Lloyd

(Drahtbericht)

Bremen, 13. September.
Die zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der United States Mail Steamship Co. in New York gepflogenen Verhandlungen über ein Zusammenarbeiten dieser Gesellschaften im deutsch-amerikanischen Schiffsverkehr sind nunmehr zum Abschluss gelangt. Während nach den amerikanischen Besetzen die United States Mail Steamship Co. die Führung ihrer Geschäfte in Amerika selbst in die Hand nehmen muß, hat der Norddeutsche Lloyd die Generalvertretung für die United States Mail Steamship Co. in Zentralamerika übernommen. Die United States Mail Steamship Co., eine vor kurzem in New York gegründete Gesellschaft, hinter der einflussreiche amerikanische Interessenten stehen, hat von der amerikanischen Shipping Board den größten Teil der in Amerika befindlichen früheren deutschen Passagierdampfer übernommen, u. a. die früheren Norddeutschen-Lloyd-Dampfer George Washington, Kaiser Wilhelm II, Kronprinzessin Cecilie, Großer Kurfürst, Köln, Aeduar, Rhein, Prinzess Irene, Prinzess Alice sowie den früheren Hamburger Dampfer Amerika, Präsident Grant u. a. Diese Schiffe werden jetzt seitens der amerikanischen Gesellschaft von den Shipping Board übernommen und wieder in ihren früheren Zustand versetzt. Zum Teil ist die Ubergabe bereits erfolgt. So befindet sich der frühere Norddeutsche Lloyd-Dampfer Rhein, jetzt Susequanna, zurzeit mit über 2000 Passagieren, voller Ladung und Post auf der Heimreise nach New York. Am 22. September wird der Dampfer seine zweite Reise von New York nach Bremen und Danzig antreten. Die übrigen Dampfer werden nach Beendigung ihrer Reparatur in Dienst gestellt werden. Die United States Mail Steamship Co. hofft doch bereits im Oktober weitere drei Dampfer den Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der Westküste aufnehmen können. Der Norddeutsche Lloyd wird der United States Mail Steamship Co. zur Unterhaltung der früher von Norddeutschen Lloyd betriebenen Linien zwischen Bremen und Nordamerika seine Anlagen in Bremen und Bremerhaven sowie seine wohlbekannteste Organisation und seine im Laufe von Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen zur Verfügung stellen, um auf diese Weise gemeinschaftlich das früher vom Norddeutschen Lloyd betriebene, so blühende Passagier- und Frachtgeschäft von neuem zu beleben. Es ist beabsichtigt, in erster Linie einen Dienst New York—Bremen über Baltimore und daneben einen regelmäßigen Dienst von Boston nach Bremen und von New York nach Danzig einzurichten. Der Norddeutsche Lloyd ist auf Grund des Vertrages berechtigt, in diese Linie eigene Dampfer nach Maßgabe seines Wiederkaufrechts einzuführen. Der Vertrag läuft fünf Jahre und kann von da ab durch gegenseitiges Uebereinkommen jährlich verlängert werden. Wenn auch künftig die auf der Westküste erscheinenden früheren deutschen Schiffe unter fremder Flagge fahren und zum Teil ihren Namen gewechselt haben, so werden sie doch als alte Bekannte in den deutschen Häfen wieder gern gesehen und begrüßt werden; sie sind bei jeder Gelegenheit wieder gerade zwischen den Vereinigten Staaten und Bremen bestehenden Verkehrsbeziehungen wieder aufzunehmen und mitzuarbeiten an der Wiederherstellung der kommerziellen Brücke, die die Vereinigten Staaten mit Deutschland einst verband. Wenn das Abkommen, wie zu hoffen ist, in diesem Sinne ausgeführt wird, und die, trotz allem, so eng aneinander

angewiesenen Nationen dadurch einander wieder näher gebracht werden, so darf der Vertrag in kommerzieller und politischer Beziehung als erhebliches Merkmal auch für Deutschland und Bremen gedacht werden.

Eine neue Mittelstandspartei

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 13. September.
Nähezu 100 Vertreter von Organisationen des Mittelstandes aus den verschiedensten Teilen des Reiches trat im Charlottenburger Schülerlokal zu einer Tagung zusammen, deren Zweck die Schaffung einer Reichsorganisation des deutschen Mittelstandes war, die neben den wirtschaftlichen insbesondere auch die politischen Interessen des Mittelstandes wahrnehmen soll. Die Gründe für eine derartige Zusammenfassung erläuterten als Referenten Stadtverordneter Bürgermeister Drewitz-Charlottenburg und Generalsekretär Müller-Franken.
Nach lebhafter Aussprache wurde mit 79 gegen 23 Stimmen ein Antrag angenommen, eine Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes ins Leben zu rufen, wobei aber zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Annahme der großen Beamtenorganisation usw. als solche nicht beabsichtigt ist, um ein Zurückdrängen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes innerhalb der Partei durch Beamte und Angestellte zu verhindern.
Die Tagung nahm dann drei programmatische Entschlüsse an. In der ersten wird als wichtigste Forderung die Befreiung von jeder bürokratischen Wirtschaftsjorn, die in gleicher Weise zum verhängnisvollen Anhebel für alle Schichten des Volkes geworden sei, aufgestellt. Kleinhandel und Handwerkern müsse die wirtschaftliche Freiheit im Interesse der Allgemeinheit wie der in Frage kommenden Wirtschaftsklassen so schnell wie möglich zurückgegeben werden mit der Einschränkung, daß mindestens so lange, wie die Nachfrage das Angebot übersteigt, eine bürokratische Zwangswirtschaft nur von einer auf Selbstverwaltung beruhenden Wirtschaftsorganisation abgelöst werden könne, wobei auch die Verbraucher ein Mitbestimmungsrecht, das ihren berechtigten Interessen entspreche, erhalten müßten. Die Träger dieser auf Selbstverwaltung beruhenden Wirtschaftsorganisation müßten die Fachverbände in Verbindung mit den Genossenschaften sein, die eine feste und sichere Grundlage der modernen mittelständischen Wirtschaft bilden.
In der zweiten Entschlußung wird die großkapitalistische Entwicklung als eigentlicher Gegner der Existenz des Mittelstandes bezeichnet. Verstaatlichung der Betriebe bedeute allgemein lediglich eine andere Form der kapitalistischen Wirtschaft, die für den Mittelstand und die Arbeitnehmer nicht weniger als gefährlicher und drückender werden würde. Einziges Mittel gegen die Gefahr des Großkapitalismus sei großräumige Selbsthilfe. Alle wirtschaftlichen Hilfseinrichtungen, insbesondere das Versicherungs- und Bankwesen, Kreditbank- und Infanteriegeschäft usw., müßten daher als selbständige Einrichtungen ins Leben gerufen werden, um auf diese Weise die Kapitalkräfte des Mittelstandes als Kampfmittel gegen die Macht der Großbanken zu zentralisieren. Für alle wirtschaftlichen Aufgaben, welche Gewerbe und Kleinhandel gemeinsam zu lösen haben, müßten gemeinsame örtliche Anstalten (Mittelstandsbüros) errichtet werden. Aus diesem Grunde müsse auch der Reichshandelskongress für Handel und Gewerbe in Braun-schweig Eingang in die neue Partei verschafft werden.

Geistiges Tagelohnertum

Von Kurt Engelbrecht

Unter den Gebildeten ist wohl niemand heute mehr im Zweifel darüber, daß unsere Gegenwart den Wert und die Bedeutung der geistigen Arbeit nicht voll zu würdigen weiß. In früheren Zeiten war das anders. Da war alle geistige Arbeit mit dem Nimbus eines besonderen Abels umgeben, schon allein deshalb, weil sie nicht ohne weiteres von jedem verrichtet werden konnte, weil sie eben eine besondere Begabung voraussetzte, die das natürliche Fundament aller wissenschaftlichen Ausbildung und der erforderlichen Ansammlung von Kenntnissen bilden mußte.
Auch heute noch wird selbstverständlich die Begabung, die jemand von Geburt an mitbringt, als die notwendige Voraussetzung jeder geistigen Arbeit zu gelten haben. Die Handgriffe zur körperlichen Arbeit lassen sich erlernen, die Geschicklichkeit dazu läßt sich fast selbst erwerblich erwerben. Viel natürlicher vermögen Schulung und verständige Anleitung wie zweckmäßige Ausbildung auch dem geistigen Arbeiter zu nützen, ohne Anlage und Begabung jedoch wird er stets nur ein Stämper bleiben, wird nichts Großes, Bleibendes Wertvolles, sondern nur Halbes und Mangelhaftes zu leisten imstande sein.

Diese Tatsache ist in den vorausgegangenen Jahrzehnten nicht hinreichend beachtet und gewürdigt worden. Auf den höheren Schulen, die ohne jede genauere Begabungsprüfung Jünglinge aufnahmen, ist schon vor dem Kriege ein Bildungsproletariat großgezogen worden, das natürlich durchaus ungeeignet war, der geistigen Arbeit jenen Nimbus eines besonderen Abels und die auszeichnende Wertschätzung zu erhalten, deren sie sich noch stets erfreuen dürfen. Geistige Arbeit erschien der großen Menge eben auch als etwas reißlos Erwerbbares; man mußte nur die genügenden Mittel haben, um seinen Jungen die höhere Schule und die Universität besuchen lassen zu können. Und so entsand denn naturgemäß nicht nur die heute allgemein beobachtete Verdinglichung der geistigen Arbeit, es wurde auch Reiz und Verführung breiter Volksmassen durch die Emporkünstler eines minderwertigen Bildungsproletariats erzeugt. Geistige Berufe erschienen mehr und mehr als Vorzugsberufe für die bemittelten Stände.

Noch etwas anderes trug wesentlich zu dieser ungelunden und höchst beklagenswerten Entwicklung bei: Auch die körperliche Arbeit hatte durch die Einführung der Maschinen, durch die Ermöglichung fabrikmäßiger Herstellung vieler bis dahin rein handwerklicher Arbeitererzeugnisse allgemein an Achtung und Selbstachtung verloren. Der Arbeiter, der sich vielfach nur noch als Teil einer Maschine fühlen durfte, wurde mißgerügt und unzufrieden, schließlich auch in steigendem Maße mißtrauisch, daß seine Arbeit von anderer Seite nicht doch genug geschätzt werde. Die Entlohnung gab ihm dabei den geistigen Maßstab für die tatsächliche Bewertung. Er fühlte sich benachteiligt, und da er sich allmählich immer entschiedener in der zahlenmäßigen Ueberlegenheit wissen durfte, scheute er die Mittel des Zwanges, der in der Revolution zum Terror werden mußte, nicht mehr und schloß gewaltlos eine nach seiner Meinung angemessene pekuniäre Bewertung seiner Arbeit durch. Was dabei wieder über Ziel geschossen wurde, mag verständlich sein, ist aber im Hinblick auf unsere Volksgeschichte unendlich zu beklagen. Denn wir sind doch nun heute dahin gekommen, daß geistige Arbeit in der Tat schlechter bezahlt wird als körperliche, und das ist natürlich ein Unfug, der sich am kulturellen Leben unseres Volkes aber kurz oder lang bitter rächen muß.

Abgesehen davon, daß heutzutage ein oder anderthalb Jahrzehnte fleißigsten und — kostspieligsten Studiums, das oft nur mit den größten Opfern ermöglicht wurde, die denkbar schlechteste Kapitalanlage bilden, daß sich also alsbald eine Scheu vor dem Ergreifen geistiger Berufe bemerkbar machen wird und müßten manche vortreffliche Begabungen durch liegenbleiben, wird gleichgültig unter den Geistesarbeitern ein Tagelohnertum groß gezüchtet, das für unser geistig kulturelles Fortschreiten die schwersten Gefahren in sich birgt.

Wieweil Schriftsteller, Künstler, Gelehrte, wieweil Lehrer an Volksschulen und Gymnasien, an Universitäten und Akademien sind durch die ungeliebliche, ja wahnwitzige Vertreibung der einfachsten und notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel in die peinvolle Lage geraten, geistige Lohnarbeit verrichten zu müssen, nur um sich und ihre Angehörigen vor Not und Hunger zu bewahren. Nebenbei dient als körperlicher Arbeit würde ja auch für sie das Lohnendste sein. Ihre Berufstätigkeit eine solche jedoch nicht zu. Da heißt es denn Stunden geben und sich mit unbegabten Kindern reich geordneter Eltern abquälen, Schriftstellern und Journalisten schinden, Korrekturen lesen und den Geist mit minderwertigen Nacharbeiten ermüden und was dergleichen wichtige, geistvolle Nebenbeschäftigungen mehr sind.

Die normalen Leistungen der geistig Arbeitenden müssen unter diesen Verhältnissen bereits schwere Beeinträchtigung erfahren. Der beamtete Geistesarbeiter wird für seine berufliche Tätigkeit nicht mehr die erforderliche Frische und Freudigkeit mitbringen. Wenn an eine bestimmte, begrenzte Arbeitszeit, nach der ihm Ruhe und Erholung verzielt wäre, kann er sich nicht binden. Hat er es wirklich dahin gebracht, daß sein Einkommen für den Lebensunterhalt reicht, so treten unweigerlich neue Preissteigerungen ein, denen der körperliche Arbeiter durch Lohnstreiks begegnen kann, für die dem Geistesarbeiter aber nur der eine Ausweg bleibt, seiner müß- oder vierzehntägigen Arbeitszeit nach eine oder mehr weitere Stunden hinzuzufügen. Niemand aber fragt danach, ob er gesundheitlich einer solchen Arbeitsüberlastung gewachsen ist.

Am freien, wahrhaft kulturbewerbenden Schaffen jedoch wird ihm durch sein Tagelohnertum Zeit und Möglichkeit genommen. Er könnte ja auch gar nicht mehr die dazu unbedingt erforderliche Lust und Stimmung aufbringen. Nur der vermögende Geistesarbeiter ist in der beneidenswertesten Lage, frei und in ungezwungener Frische des Geistes zu schaffen.

Und so müssen wir denn die dem sozialen Denken und Fühlen anferer Zeit hohnsprechende Beobachtung machen, daß heute mehr denn je der Geistesarbeiter über die Möglichkeit wertvoller, fruchtbarer geistiger Schaffens der bestehenden Kreise durch Krieg und Revolution ganz erheblich gesunken ist, so sind, wenn nicht bald eine völlige Wandlung der

Weitere Verschärfung der Arbeitskrisis in London

Sympathiestreik der amerikanischen Bergarbeiter?
(Drahtbericht)
London, 13. September.
Neuer meldet: Die Krise, die der englischen Industrie droht, wird immer ernster. Neben dem dauernden Bergarbeiterstreik und der Aussicht auf einen Solidaritätsstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter droht eine Krise in der Baumwollindustrie infolge von Lohnhöherungen. Es wird von einem Generalstreik gesprochen, der bereits Ende dieser Woche ausbrechen soll. Außer dem Streik der Elektrifizierungsarbeiter Londons bemer, die sich mit ihren Kameraden in Nordengland, die gegenwärtig ausgesperrt sind, solidarisch erklären. Weiter wird eine ähnliche Bewegung unter den Postangestellten gemeldet.
Einer heute aus Washington eingetroffenen Neuter-Meldung zufolge hat Smilie den amerikanischen Bergarbeiter- und telegraphisch erfährt, am 28. September zugleich mit den britischen Bergarbeitern in Amerika den Streik zu verhindern. Der Meldung zufolge werden die Delegierten des amerikanischen Bundes eine Kommission ernennen, um die Antwort auf das Telegramm Smilies zu erwägen. In allen englischen Bergwerksbezirken haben die Bergarbeiter verständigt, daß sie in zwei Wochen die Arbeit niederlegen werden. Wie die Viertel-million Bergarbeiter, die gegen den Streik gestimmt hat, sich verhalten wird, ist ungewiß.

Lloyd Georges ungeschminkte Abrechnung mit Kamenev

Kamenevs politische Umtriebe.
(Eigener Drahtbericht)
London, 13. September.
Die Wälder bringen Einzelheiten über eine dreitägige Unterredung Kamenevs mit Lloyd George vor Kamenevs Abreise nach Rußland. Daily News teilen darüber mit: Die Unterredung zeichnete sich durch das Fehlen jener Kordialität aus, die die früheren Unterredungen zwischen dem ersten Minister und den Sowjetdelegierten kennzeichnete. Lloyd George beschuldigte Kamenev tatsächlich einer Anzahl von Vertrauensbrüchen und erklärte ihm, wenn er nicht selbst um seinen Paß gebeten hätte, würde ihm dieser trotzdem ausgedient worden sein. Die politischen Verhandlungen würden nicht eher wieder aufgenommen werden, als bis die britische Regierung davon überzeugt sei, daß die Moskauer Regierung ihren Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens einzumischen, aufgegeben habe. Lloyd George brachte gegen Kamenev vier Anklagen vor:
1. daß er an dem Verkauf der kaiserlich-russischen Juwelen in England beteiligt sei;
2. daß er Verhandlungen geführt habe betreffend eine Unterstüfung des extremen sozialistischen Wlades „Daily Herald“ mit 75 000 Pfund Sterling;
3. daß er Beziehungen mit der britischen Arbeiterorganisation gehabt habe, die sich „Council of Action“ nennt;
4. daß Rußland absichtlich die britische Regierung mit Bezug auf die Waffenstillstände mit Polen irregeführt habe.
Kamenev stellte alle Anklagen kategorisch in Abrede. Krassin wurde ausdrücklich von den Anklagen, die gegen seinen Kollegen gerichtet wurden, ausgenommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen nicht als abgebrochen betrachtet werden.

Paris, 13. September.
Wie sich der „Temp“ aus London telephonieren läßt, haben heute in Downingstreet zwischen Lloyd George und verschiedenen Kabinetmitgliedern Besprechungen stattgefunden. Der Premierminister hat die von den verschiedenen Ministern vorbereiteten Pläne studiert, um im Falle eines Generalstreiks die lebenswichtigen Betriebe aufrechtzuerhalten. Der Vorstoß, das Parlament zusammenzubringen, ist nicht ins Auge gefaßt worden, das Parlament werde erst am 19. Oktober zusammentreten.